



„Von e-Justice zur europäischen e-Justice“ (Dijon, 2. Oktober 2008)

Zusammenfassender Artikel

Über 130 Teilnehmer - Richter, Notare, Rechtsanwälte und EDV-Experten - aus ganz Europa waren am 2. Oktober in der *Ecole nationale des Greffes* (staatliche Hochschule für Gerichtskanzleipersonal) in Dijon zur Konferenz „Von e-Justice zur europäischen e-Justice“ zusammengekommen, die das französische Justizministerium im Rahmen der französischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union organisiert hatte. Einen Tag lang befassten sie sich in etwa zehn Diskussionsbeiträgen mit den technischen und sprachlichen Zwängen, die gelöst werden müssen, damit eine den europäischen Rechtsraum unterstützende Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien möglich wird.

Auf dieser Konferenz bot sich Gelegenheit, zu unterstreichen, wie wichtig es für Bürger und Unternehmen ist, dass die noch durch die Besonderheit des Feldes Justiz verstärkten Probleme im Zusammenhang mit der Unvereinbarkeit technischer Standards und mit sprachlichen Missverständnissen auf europäischer Ebene gelöst werden. Ziel war die Ermittlung der besten Methode zur Förderung des grenzüberschreitenden elektronischen Austausches im Justizbereich, der letztlich im Januar 2010 zur Eröffnung eines europäischen Portals führen soll: Dieses Portal soll Zugriff auf Informationen über die Rechtssysteme aller Mitgliedstaaten verschaffen, auf hilfreiche Kontakte verweisen, aber auch die Möglichkeit bieten, Formalitäten online zu erledigen bzw. Fachleuten die Einsichtnahme in die vom Justizministerium verwalteten Register erlauben.

Zufrieden mit dem Fortgang der Gespräche erklärte Herr Francisco FONSECA MORILLO, Leiter der Direktion für Zivilrecht, Grundrechte und Unionsbürgerschaft der Europäischen Kommission, am Ende des Tages: „Mit diesem Seminar haben wir auf diesem Gebiet einiges geklärt...“ Die Verabschiedung eines mehrjährigen Aktionsplans sollte es künftig in Anbetracht der Überlegungen zur einzurichtenden Struktur möglich machen, eine wahrhaft europäische Umsetzung der Projekte ins Auge zu fassen, bei der Mitgliedstaaten, Rat, Europäische Kommission und Europäisches Parlament zusammenarbeiten.

Herr Joao Tiago SILVEIRA, der portugiesische Staatssekretär für Justiz, stellte die in seinem Land eingerichteten Internettools vor, so beispielsweise eine „Internetseite für Richter, auf der Urteile direkt unterzeichnet oder in Echtzeit Zugriff auf elektronische Dateien oder Rechtsprechungen genommen werden kann“ oder auch „eine Internetseite für Rechtsanwälte, die eine völlige Entmaterialisierung der Verfahren möglich macht“. Herrn SILVEIRA zufolge lieferten diese Beispiele überzeugende Ergebnisse und könnten sehr gut auf europäischer Ebene übernommen werden.

Herr Tomas BOCEK, der Vize-Justizminister der Tschechischen Republik, kündigte bereits jetzt an, die auf die französische Präsidentschaft folgende tschechische werde „diese Politik fortsetzen und dabei in diesen sechs Monaten den Schwerpunkt auf das Thema Videokonferenz legen“.

Zum Abschluss der Gespräche verwies Herr Philippe ROUX-COMOLI, Büroleiter des Generalsekretärs des Justizministers, darauf, dass die Schaffung eines solchen Portals eine echte Herausforderung darstelle, die dank der „Schlagkraft“ der Europäischen Kommission, also dank „ihrer finanziellen und personellen Mittel“ angenommen werden könne. Herr ROUX-COMOLI bekräftigte auch sein Vertrauen in das Projekt „europäische e-Justice“, „denn wir verfolgen alle dasselbe Ziel: elektronische Projekte entwickeln, die alle Länder Europas gemeinsam nutzen können, Projekte, die vom Wunsch getragen werden, den Bürgern Dienstleistungen anbieten zu können, Projekte, die den Aufbau Europas unterstützen sollen, also die Mittel für eine justizielle Zusammenarbeit in Europa bereitstellen.“